

## **Bundestagswahl: Die Strasse wird breiter und stärker**

Kommentar von Wolfgang Guhle

Natürlich kann man sich schwarz ärgern, weil die neue Bundesregierung alles andere als das Gelbe vom Ei sein wird. Auf der anderen Seite werden die politischen Verhältnisse neu gemischt und neue Zuordnungen notwendig. Das lässt sich auch an der möglichen Entwicklung des Themas Atomausstieg darstellen.

Zunächst einmal ist das eingetreten, was die Umweltverbände der rot-grünen Koalition immer vorgeworfen haben: Die schwache gesetzliche Verankerung des Atomausstiegs mit viel zu langen Auslaufzeiten und die Schwerpunktsetzung auf Verträge mit den Atomkonzernen sind Stückwerk, das nach jeder Legislaturperiode bei anderen politischen Konstellationen ins Atomklo geworfen werden kann. Die langen Auslaufzeiten haben bewirkt, dass noch nicht einmal innerhalb von zwei Legislaturperioden eine nennenswerte Anzahl von Atomkraftwerken stillgelegt werden konnte.

Man muss sich auch noch einmal bewusst machen, dass die SPD die im letzten Bundestag für den Atomausstieg vorhandene parlamentarische Mehrheit (SPD, Grüne, Die LINKE) nicht nur nicht genutzt sondern bei den Wahlen 2009 sogar verdaddelt hat. Denn von den drei Ausstiegsbefürwortern verlor sie mehr Prozentpunkte als Grüne und Linke hinzugewinnen konnten.

Die schwarz-gelben Koalitionsverhandlungen machten eine ideologische Arbeitsteilung zwischen CDU und FDP deutlich: Während die FDP mit der Propagierung der Laufzeitverlängerung dezent Hoffnungen auf eine spätere Neubauphase nährte, suggerierte die CDU ein Festhalten an einem prinzipiellen Ausstieg aus der Atomenergie und hält sogar ein vorzeitiges Abschalten bestimmter AKWs für möglich. Treuherzig wird versichert, Sicherheit habe absoluten Vorrang, deshalb könnten „weniger sichere“ Atomkraftwerke auch früher abgeschaltet werden, während die Laufzeit von „sicheren“ AKWs getrost großzügig verlängert werden sollte. Da fasst man sich an den Kopf. „Weniger sichere“, also unsichere Atomkraftwerke, dürften selbst nach den laschen einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen gar nicht in Betrieb sein.

Mit einem plumpen Trick versuchen die schwarz-gelben Koalitionäre den bei einer Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken zu erwartenden ansteigenden außerparlamentarischen Protest aufzufangen. Den Medien gegenüber haben sie das Ergebnis ihrer Koalitionsvereinbarungen über AKWs unter das Motto „Keine neuen Atomkraftwerke“ gestellt. Dabei wissen sie, dass dies gar nicht die primäre Option der Energiekonzerne ist.

Denn die Errichtung neuer AKWs in Deutschland wäre enorm teuer und gar nicht so rentabel, sofern sich dadurch nicht verbesserte Chancen auf dem Exportmarkt ergeben. Was angesichts der gegenwärtigen internationalen atomaren Spannungslage (Iran, Pakistan, Nordkorea) kaum wahrscheinlich ist. Und im europäischen Kontext mischen ja die deutschen Atomkonzerne weiter ungehindert technologisch mit.

Die reine Weiter-Verlängerung der AKW-Laufzeiten in Deutschland würde den Atomkraftwerken aber Milliarden Euro in die Kassen spülen, weil fast alle AKWs inzwischen betriebswirtschaftlich abgeschrieben sind. Das ist aktuell das vorrangige Interesse der Energiewirtschaft. Und während ca. zwanzig Jahren Restlaufzeit kann ja mit vollen Kassen immer noch die Option Neu-AKW's angegangen werden.

Die Anti-AKW-Bewegung wird auf solche Tricks aber nicht reinfallen und sich nicht einschläfern lassen. Denn die Weiter-Verlängerung der Restlaufzeiten stellt keineswegs eine Beruhigung dar und ist nicht eintauschbar mit einem „Verzicht“ auf Neubauten. Gerade alte und ständig nachgebesserte AKWs stellen gesteigerte Störfall-Gefahren dar und vermindern auch nicht den Anfall radioaktiven Mülls, dessen Endlagerungsfähigkeit noch immer unklar ist, weil es weltweit kein sicheres Endlager gibt.

Die gesamte Energiepolitik, nicht nur die Atompolitik, soll offensichtlich in enger Abstimmung mit den Konzernen gestaltet werden. Nur so ist es zu verstehen, dass statt einer Fachfrau wie der baden-württembergischen Umweltministerin Tanja Gönner, der fachlich unbedarfte bisherige Parlamentarische Staatssekretär der CDU-Fraktion Norbert Röttgen zum Bundesumweltminister berufen wurde. Mit ihm übernimmt quasi der Spitzenverband der deutschen Industrie, der BDI, das BMU. 2007 wurde Röttgens politische Haltung vom BDI derart wertgeschätzt, dass er Hauptgeschäftsführer des BDI werden sollte. Das scheiterte dann daran, dass er sein Bundestagsmandat nicht aufgeben wollte. Diese offenkundige Verknüpfung von Spitzenparlamentarier und Spitzenlobbyist der Industrie war dann selbst dem BDI zu heikel. Nun spart der BDI ein Spitzengehalt ein. Sein verhinderter Spitzenlobbyist Röttgen wird als Umweltminister aus der Bundeskasse, und damit von steuerzahlenden Bürgern, bezahlt. Und einen weiteren Vorteil für die Industrie hat diese Kombination zusätzlich. Während bisher manche Vorlagen des BMU nur arbeits- und zeitaufwendig über das Bundeswirtschaftsministerium im Bundeskabinett zu Fall gebracht werden konnten, werden unter Röttgen solche Anforderungen an die Industrie gar nicht mehr formuliert werden oder sie fallen so moderat aus, dass das Wirtschaftsministerium gar nicht mehr blockieren muss.

Die Umsetzung der Laufzeitverlängerung mit fünfzigprozentiger Gewinnabführung an Projekte der Erneuerbaren Energie, wird so die Energiekonzerne nicht schrecken. Schließlich weiß der verhinderte BDI-Hauptgeschäftsführer was seine Beinahe-Arbeitgeber politisch von ihm erwarten.

Das ist die eine Seite des Ausstiegs aus dem Ausstieg. Aber es gibt auch eine andere Seite, insofern hat der Ausstiegs-Ausstieg einen ambivalenten Charakter. Auf der anderen Seite, wird der politische Protest gegen Atomkraftwerke anwachsen. Das ist bereits schon an der großen Demonstration am 05. September im Vorfeld der Bundestagswahl deutlich geworden.

Da es auch formal keine parlamentarische Mehrheit im Bundestag mehr für den Ausstieg gibt, muss die Durchsetzung des Ausstiegs und der Protest gegen die Laufzeitverlängerung zwangsläufig auf die Strasse verlegt werden. Die Mehrheit der Bevölkerung ist nach wie vor für den Ausstieg. Das erfordert eine politische Bühne, auf der sich diese Haltung ausdrücken und politischen Einfluss nehmen kann. Wenn das Parlament auf Grund der eingetretenen Mehrheitsverhältnisse als wirksame Einflussosphäre ausfällt, muss sich die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung im außerparlamentarischen Bereich entfalten können..

Die Anti-AKW-Bewegung, die zwischendurch zu vereinsamen drohte, wird nun neuen Zulauf oder zumindest neue Partner bekommen. Lange vor den Bundestagswahlen haben ja schon die Grünen erkannt, dass sie sich wieder verstärkt in der Anti-AKW-Bewegung sehen lassen müssen. Obwohl sie sich in zwei Bundesländern langsam zu einer CDU-Hilfstruppe entwickeln und fast schon eine Art Öko-FDP sind, werden sie zumindest am Atomausstieg festhalten. Alles andere würde einer politischen Selbstenthauptung gleichkommen.

Die Linke hat sich inzwischen fest auf den Atomausstieg eingeschworen und fordert sogar die sofortige Abschaltung.

Der SPD wird da nichts anderes übrig bleiben, wenn sie nicht nur konsequenzlose Oppositionspolitik im Bundestag machen will, als auch auf die Strasse zu gehen und mit zu demonstrieren. Die Zeiten der Volkspartei SPD, als deren Kanzler Schmidt und Schröder meinten bestimmen zu können, was dem Volk nützt oder nicht nützt, sind vorbei. Der designierte neue Parteivorsitzende Gabriel schwört bereits seine Parteimitglieder auf notwendige politische Öffnungen und Betätigungen in außerparlamentarischen Bewegungen ein.

Da gibt es auch die ersten besorgten Stimmen aus der Anti-AKW- und Umweltbewegung, die vor einer SPD-Unterwanderung warnen. Natürlich hat es in der Geschichte beider Bewegungen Versuche politischer Parteien oder Gruppen gegeben, die Bewegungen zu instrumentalisieren. Auch im BBU gab es Bemühungen, ihn zur Vorfeldorganisation von SPD, Grünen oder K-Gruppen zu machen. Diese Einflussnahme war aber zeitlich sehr beschränkt und wurde letztendlich abgewehrt.

Die SPD-Basis trifft auf eine veränderte Anti-AKW- und Umweltbewegung mit neuen phantasievollen Aktions- und internetgestützten Mobilisierungsformen. Diese veränderte Struktur macht eine einfache politische Übernahme durch identifizierbare Dritte kaum mehr möglich. Die SPD-Führung wird die Erfahrung machen, dass manche ihrer eingerosteten Mitglieder diese Aktivitäten als politisches Aphrodisiakum empfinden werden. Hier besteht die Chance, dass die durch den neoliberalen Schröder-Kurs und die merkeldominierte Große Koalition visionslos gewordene Partei sich ein wenig radikalisiert und einen positiven Bezug zu den Bewegungen findet.

Und dieser neue Sog wird auch die Gewerkschaften erfassen und den gewerkschaftlichen AKW-Befürworter IG BCE noch weiter isolieren. Und wenn die Anti-AKW-Bewegung den politischen Kampf gegen Atomkraftwerke vernünftig mit der Problematik Klimawandel, globale Wirtschaftskrise und Frieden (Uran- und Plutonium-Handel) verbindet, kann dies ein neues großes gesellschaftliches Bündnis bewirken, das mehr als nur den Atomausstieg als gemeinsames politisches Ziel hat. Der politische Widerstand gegen Schwarz-Gelb wird kein Alleinstellungsmerkmal der Umweltbewegung sein. Bewegungen für soziale Gerechtigkeit, bessere gesundheitliche Versorgung, Verbraucherschutz, bessere Bildungschancen, Frieden und gegen Hunger und Ausbeutung in der Dritten Welt können wichtige Bündnispartner für eine große politische Gegenbewegung sein.

Die Wahlbeteiligung geht immer mehr zurück, in die Parlamente ist eine gewisse politische Beliebigkeit eingezogen, jeder kann mit jedem (außer mit der LINKEN), politische Programme scheinen keine große Rolle mehr zu spielen und gleichen sich meistens sogar an. Das alles schreit nach einer Renaissance der außerparlamentarischen Bewegung, die diese Mängel der parlamentarischen Demokratie beheben und neue parlamentarische Mehrheiten vorbereiten kann.

Auch wenn es inzwischen leicht möglich ist, sich über elektronische Medien zu informieren und anlassbezogen zu organisieren, hat kontinuierliche politische Arbeit mit vertrauten Menschen auch weiterhin eine große Bedeutung. Bewegungen müssen nicht nur medial sondern auch persönlich konkret für die Mitmenschen erfahrbar sein. Für die Bewegungen ist nicht ein Wahltag mit Stimmenfang sondern der Alltag mit dem Kampf um die Köpfe entscheidend.

Das Ergebnis der Bundestagswahlen bietet deshalb auch Umweltverbänden, Aktionsgruppen und Bürgerinitiativen die Chance, sich personell zu verstärken. Gerade die vom politischen Schlingerkurs ihrer Partei enttäuschten SPD-Mitglieder und Wähler sowie diejenigen der Grünen, die Jamaika als Land aber nicht als politische Konstellation schätzen und die vielen Nichtwähler, die keiner Partei mehr trauen, sollten stärker zu einer Mitarbeit in den Strukturen der Bewegungen eingeladen werden.

Deshalb sollten wir den Menschen nach dieser Bundestagswahl Mut machen, nicht in Agonie und Trübsal zu verfallen, sondern sich einzumischen und bereit zu sein zu gestalten. Und wer bisher nur zugeschaut hat und sich lediglich informieren ließ - wie auch vielleicht manche(r) BBU-Newsletter-Leser(in) – sollte sich einklinken, bei einer Bürgerinitiative oder bei der nächsten Aktion in seiner Nähe.

Wenn die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Fortsetzung der Atomenergie ist, wenn sich diese Mehrheit in der Gesellschaft im Parlament nicht wiederfindet, dann muss sich diese Mehrheit außerhalb des Parlamentes artikulieren: Auf der Strasse. Die Strasse wird nach diesen Bundestagswahlen stärker und breiter!

(Der Autor Wolfgang Guhle (62) ist Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes des BBU und lebt in Hamburg. Er ist hat bereits 1976 an Aktionen der Anti-AKW-Bewegung teilgenommen und 1977 die BI Umweltschutz Uhlenhorst mitbegründet. Von 1986- 2000 war er auch als Funktionsträger der GAL Hamburg kommunalpolitisch tätig. Als Diplom-Volkswirt interessieren ihn besonders umweltökonomische Fragestellungen). [guhle@bbu-bonn.de](mailto:guhle@bbu-bonn.de)